



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

JANINA MANGOLD

Juli 2010

www.kasusa.org
www.kas.de

LÄNDERBERICHT

Countdown to Sudan's Referendum – Zweite Berliner Mauer?

Im kommenden Januar werden die Einwohner Südsudans in einem Referendum darüber abstimmen, ob man sich vom Norden des Landes abspalten will oder nicht. Sudans Norden und Süden bleiben nur noch wenig Zeit, um sich auf die Einzelheiten des Referendums zu einigen. Bis dahin muss an einer Strategie gearbeitet werden, die eine friedliche Trennung des größten afrikanischen Landes aufgrund der angestrebten Unabhängigkeit des Südens sicherstellt. Ein kürzlich erschienenes Gutachten stuft die getroffenen Vorbereitungen für das Referendum, das im Januar 2011 stattfinden soll, als mangelhaft ein. Zudem sieht sich der Sudan mit weiteren Herausforderungen konfrontiert. Nicht nur wurde vergangene Woche ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den Präsidenten des Landes wegen Völkermords erhoben, sondern auch am Wahlablauf im April diesen Jahres wird international Kritik laut.

Was davor geschah

Von Tag zu Tag würden sich die Beziehungen zwischen der halbautonomen Regierung des Südens Sudans (GOSS) und Sudans nationaler, nördlicher Regierung in Khartoum verschlechtern, berichtet Realclearpolitics.¹ Das Comprehensive Peace Agreement (CPA) aus dem Jahr 2005 hätte den Nord-Süd-Konflikt, den Zweiten Sudanesischen Bürgerkrieg, beendet und vereinbart, dass im

Jahr 2011 eine Volksabstimmung zur Unabhängigkeit des Südens stattfinden wird. Viele Bewohner des Südens seien allerdings schon längst der Meinung, dass der Südsudan ein eigenständiges Land sei. Diese würden die Unabhängigkeit stark unterstützen – bis auf die nationale Regierung, die dieses Vorhaben stattdessen „Sezession“ nennt. Der Zweite Sudanesische Bürgerkrieg dauerte zwei Jahrzehnte an, hinterließ 2 Millionen Tote, schaffte Millionen von Flüchtlingen und schloss – trotz Verleugnung durch die khartoumischen Islamisten – die arabischen Bürgerwehr, die vom Norden des Landes Unterstützung fand, und versklavte Gefangene, mit ein. Christen aus dem Süden und animistische, schwarze Stammesmitglieder seien entführt und anschließend verkauft worden.

Keine zweite „Berliner Mauer“

Generalmajor (Ret.) Scott Gration erläuterte kürzlich bei einer Diskussionsrunde des Think Tanks CSIS², was die USA und die internationale Gemeinschaft während dieses entscheidenden Prozesses tun müsse, um sicherzustellen, dass das Referendum fristgerecht stattfinden kann und das Ergebnis von allen Seiten respektiert wird. Der Sudan sei ein Land, das sich vielen Herausforderungen stellen müsse. Einige behaupten seiner Meinung nach sogar, dass es sich hierbei um einen „failed state“, einen Staat, der seine grundlegenden Funktionen nicht mehr erfüllen kann, handeln würde. Ein Großteil der Infrastruktur sei weiterhin mit

1

http://www.realclearpolitics.com/articles/2010/07/14/terror_bombings_in_uganda_a_prelude_to_regional_war_106305.html

2 <http://csis.org/event/countdown-sudans-referendum>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

JANINA MANGOLD

Juli 2010

www.kasusa.org

www.kas.de

dem Norden verbunden. Man könne daher zwar versuchen unabhängig zu werden, dennoch würden sie in Bereichen wie dem Straßenbahn- oder Eisenbahnnetz, dem Luftraum und dem Telekommunikationsnetz weiterhin sehr stark voneinander abhängig sein. Eine zweite „Berliner Mauer“ dürfe keine Option sein. Die internationale Gemeinschaft müsse zuerst selbst die Kompetenz und die diplomatischen Beziehungen aufbauen, um fähig zu sein, auch dem Süden beim Aufbau dieser Kompetenzen zu helfen.

Gutachten: Vorbereitungen mangelhaft

Die Washington Post³ berichtet von einem Gutachten, das vergangene Woche befand, dass der aktuelle Stand der Vorbereitungen des Referendums mangelhaft sei. Die Vereinigten Staaten und weitere Länder würden zu wenig machen, um den Sudan bei diesen entscheidenden Wahlen zu unterstützen. Es wird auch davor gewarnt, dass das Risiko eines Bürgerkrieges bestünde, falls die Wahlen am 9. Januar 2011 nicht wie geplant ausgingen. Das Gutachten „Renewing the Pledge“, das von mehr als zwei Dutzend Interessengruppen herausgegeben wurde, darunter Refugees International, Save Darfur und dem Enough Project des Center for American Progress, bestätigte, dass der aktuelle Stand alarmierend sei. Unklar sei auch, ob die ölreiche Region Abyei sich dazu entschließe, sich dem Süden anzuschließen oder ob es eine Sonderverwaltungszone im Norden bleibt. Hauptstreitpunkt sei daher, wie der Norden und Süden des Landes die Öl vorkommen, die sich größtenteils im Süden befinden, aufteilen.

³ <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/07/14/AR2010071405844.html>

Haftbefehl gegen sudanesischen Präsidenten

Neben der mangelhaften Vorbereitung des Referendums sieht sich das Land noch mit einer weiteren Herausforderung konfrontiert. Der internationale Strafgerichtshof(IStGH) in Den Haag erließ vergangene Woche einen zweiten Haftbefehl gegen den sudanesischen Präsidenten Omar Hassan al-Bashir - dieses Mal mit drei Anklagepunkten wegen Völkermords und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Gesucht wird al-Bashir vor allem wegen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in der Region Darfur, die sich im Westen Sudans befindet. Schätzungen zufolge kamen dort 300.000 Menschen ums Leben und mehr als zwei Millionen wurden aus ihrer Heimat aufgrund von andauernden Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Rebellen vertrieben. Bislang ignorierte der Sudan die beiden Haftbefehle des IStGH vom März 2009 und von vergangener Woche gegen seinen Präsidenten, berichtet die New York Times.⁴

Auch wenn die brutalen Attacken auf die Zivilbevölkerung in Darfur international großes Aufsehen erregen, wurde al-Bashir im April diesen Jahres in seinem Amt als Präsident ohne Weiteres bestätigt – obwohl diese „Wahlen“ von Boykotte und umfassende Beitrügereien begleitet wurden, urteilt die Washington Post.⁵ In einem weiteren Artikel der Post⁶ wird berichtet, dass al-Bashir im April 68 Prozent der Stimmen erhielt. Im Süden des Landes hätte der amtierende Präsident, Salva Kiir, sogar 93 Prozent der Stimmen erhalten und blieb damit an der

4

<http://www.nytimes.com/2010/07/13/world/africa/13haque.html>

5

<http://www.nytimes.com/2010/07/13/world/africa/13haque.html>

6

<http://www.nytimes.com/2010/04/27/world/africa/27sudan.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

JANINA MANGOLD

Juli 2010

www.kasusa.org

www.kas.de

Spitze der teilautonomen Region. Weltweit wurden jedoch Stimmen laut, dass diese Ergebnisse nicht mit rechten Dingen zu stande gekommen sein können.

The Economist⁷ begründet den Ausgang der Wahlen damit, dass Präsident al-Bashir viel Geld und Zeit investiert hätte, um sicherzustellen, dass die Wahlen nur zu seinen Gunsten ausgehen konnten. Die Wahlbezirkseinteilung sei weitestgehend zu seinem Vorteil manipuliert worden. Parteien mit falschen Namen seien geschaffen worden, die sich ähnlich anhörten wie die tatsächlichen Oppositionsparteien, um Wähler zu täuschen, die alle größtenteils weder lesen noch schreiben können. Nichtregierungsorganisationen mit neutral klingenden Namen wurden vom Regime bezahlt, um vorzugeben, die Wahlen zu überwachen.

fängnisstraße von zwei Jahren aufgrund ähnlicher Anklagepunkte. Der Anwalt der Journalisten, Abdulmoim Osman, plädierte auf Strafmilderung und begründete dies damit, dass die Journalisten nicht zu den Waffen, sondern lediglich zu ihrem Stift gegriffen hätten. Der Chefredakteur der Tageszeitung Ajras Alhurriya meldete sich zu Wort und betonte, dass er aufgehört hätte, Kolumnen zu verfassen und seine Arbeit nicht wieder aufnimmt bevor die Zensur nicht aufhört. Er betonte: „Es gibt keine Pressefreiheit im Sudan.“

Pressefreiheit? Fehlanzeige.

Die Los Angeles Times⁸ berichtete vergangene Woche, dass das sudanesische Gericht am Donnerstag drei Journalisten einer oppositionellen Tageszeitung zu mehreren Jahren Haft verurteilte. Diese seien schuldig aufgrund von Spionage, Terrorismus und falscher Berichterstattung. Außerdem hätten sie versucht, Hass gegenüber der Regierung zu verbreiten. Kolumnist Abuzar Alamin sei zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden, da er Präsident al-Bashir kritisiert hätte und die Wahlen im April als manipuliert bezeichnete. Ashraf Abdul-Aziz und Tahir Abujawhara erhielten beide eine Ge-

7

http://www.economist.com/node/16640349?story_id=16640349&fsrc=rss

8

http://latimesblogs.latimes.com/babylon_beyond/2010/07/a-sudanese-court-on-thursday-sentenced-three-journalists-from-an-opposition-newspaper-to-prison-on-charges-of-spreading-hatred.html